

Fazit

Die drei dargestellten Positionen bewerten eine Einschränkung von Interventionsmöglichkeiten mit Blick auf die staatliche Handlungsfähigkeit unterschiedlich. Dies liegt in ihren jeweiligen Staatsverständnissen begründet: Globalisierungsbefürworter und Revisionisten bewerten die Einschränkung von Interventionsmöglichkeiten positiv, weil hierdurch die Handlungsfähigkeit eines Staates in ihrem Sinne (zurückhaltender Staat, der wenn überhaupt nur regelgebunden und überwiegend mit allokativem Ziel in die Wirtschaft eingreift) gestärkt wird. Globalisierungskritiker haben ein anderes Staatsverständnis (der Staat greift v.a. im Bereich Distribution und Stabilisierung aktiv und diskretionär in die Wirtschaft ein) und sehen die Auswirkungen verminderter Interventionsmöglichkeiten auf die Handlungsfähigkeit dementsprechend als problematisch an. Daraus folgend würden die Positionen unterschiedliche Strategien vorschlagen, die mit Hilfe der europäischen Vorgaben als Reaktion auf eine Einschränkung von Interventionsmöglichkeiten wie auch unabhängig davon verfolgt werden können. Zum Abschluss werden die drei entwickelten Strategien noch einmal explizit formuliert:

Kritische Strategie: Wenn den europäischen Vorgaben ein Keynes'sches Staatsverständnis zugrunde liegt, haben sie das Ziel, nationalstaatliche Handlungsfähigkeit durch eine Wiedergewinnung sowie einen Ausbau von Interventionsmöglichkeiten *aktiv* (v.a. im Bereich diskretionäre Stabilisierungspolitik und Distribution) zu stärken.

Affirmative Strategie: Wenn den europäischen Vorgaben ein monetaristisches bzw. angebotspolitisches/NKM Staatsverständnis zugrunde liegt, setzen sie einer Einschränkung von Interventionsmöglichkeiten (v.a. im Bereich Distribution und diskretionäre Stabilisierungspolitik) nichts entgegen, um auf diese Weise *passiv* die nationalstaatliche Handlungsfähigkeit zu stärken. Nur im Bereich öffentlicher Güter mit allokativer Funktion ist eine Ausweitung von Interventionsmöglichkeiten durch supranationale Zusammenarbeit vorstellbar.

Revisionistische Strategie: Wenn den europäischen Vorgaben die Vorstellung eines ein zurückhaltenden Staates, der nur sehr wenig und wenn überhaupt, dann regelgebunden in die Wirtschaft eingreift (monetaristisches oder angebotsökonomisches/NKM Staatsverständnis), zugrunde liegt, so wird mit den Vorgaben das Ziel verfolgt, die Interventionsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten *aktiv* einzuschränken – mit Ausnahme des Bereichs der öffentlichen Güter mit allokativer Funktion, bei dem das gemeinsame Vorgehen eine Ausweitung von Interventionsmöglichkeiten zum Ziel haben kann.

